

A1: Asyl und Integration in Dresden

Die Mitgliederversammlung der Jungen Union Dresden möge beschließen:

Die JU Dresden fordert:

1. Aufhebung des Beschlusses, Dresden zum "Sicheren Hafen" zu erklären und mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als nach dem Königsteiner Schlüssel zugewiesen werden.
2. Nutzung kostengünstiger Unterbringung, bspw. Leichtbauhallen, als zusätzliche Unterkünfte für Geflüchtete, solange die Bundesregierung keine effektivere Asylpolitik entwickelt.
3. Berücksichtigung der begrenzten Ressourcen und Kapazitäten der Stadt Dresden bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Unterstützung von Geflüchteten.
4. Zielgerichtete Integration der Schutzbedürftigen in die Dresdner Gesellschaft, um Segregation zu verhindern und eine optimale Integration zu gewährleisten.
5. Stärkung der Integrationsarbeit und transparente Kommunikation, um den sozialen Frieden in der Stadt zu wahren und sozialen Spannungen abzubauen.
6. Erhöhung der Präsenz von Ordnungsbehörden und Sicherheitspersonal, um dem Sicherheitsbedürfnis der Dresdner Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.